

Antrag-Nr.: 09  
zu TOP: 9  
Rasterpkt.: Allg. Gesundheitspolitik

## A N T R A G

### zur Hauptversammlung vom 8. bis 10. Oktober 2015 in Bonn

Antragsteller: Landesvorstand

---

Landesverband: Baden-Württemberg

---

Headline: Freiberuflichkeit

---

Auswirkungen auf den Haushalt  
(unmittelbar erkennbar):

---

#### **Wortlaut des Antrages:**

1 Die Hauptversammlung des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte fordert die ver-  
2 antwortlichen Gesundheitspolitiker dazu auf, die ambulante Versorgung durch freibe-  
3 ruflich tätige Ärzte und Zahnärzte mit entsprechenden Initiativen zu stärken und die  
4 Politik der Schwächung freiberuflicher Strukturen zu beenden.

#### **Begründung:**

6 *Die Bundesregierung stellt im Koalitionsvertrag für die 18. Legislaturperiode fest:*  
7 *„Die Freiberuflichkeit der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte, Zahnärztinnen und*  
8 *Zahnärzte und Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten ist ein unverzichtbares*  
9 *Element für die flächendeckende ambulante Versorgung. Sie ist ein Garant für die*  
10 *Diagnose- und Therapiefreiheit und für die freie Arztwahl.“*

12  
13 *Die Hauptversammlung stellt fest, dass dies eine Absichtserklärung ist, die nichts mit*  
14 *der Realität zu tun hat. Entsprechende Initiativen zur Förderung der Freiberuflichkeit*  
15 *sind nicht zu erkennen – im Gegenteil. Die vom Bundesgesundheitsministerium auf*  
16 *den Weg gebrachten Gesetze und Verordnungen schränken die freiberufliche Praxis*  
17 *in der ambulanten Versorgung immer weiter ein.*

18  
19 *Mit dem Versorgungsstärkungsgesetz werden MVZ-Strukturen gestärkt, Terminservi-*  
20 *cestellen greifen in die freie Arztwahl ein und der Aufkauf von Praxissitzen sowie Zu-*  
21 *lassungsbeschränkungen in sogenannten überversorgten Gebieten tangieren in ganz*  
22 *erheblichem Umfang das Selbstverständnis freiberuflicher Ärzte und Zahnärzte.*

23

**Abstimmung:** Mit großer Mehrheit bei 5 Enthaltungen angenommen

24 *Durch das E-Health-Gesetz wird das Stammdatenmanagement als ureigene Aufgabe*  
25 *der Kostenträger in die Praxis verlagert, mit Strafandrohung bei Verweigerung.*  
26 *Mit einem gesonderten Antikorruptionsgesetz für die Gesundheitsberufe wird das*  
27 *Vertrauen der Bevölkerung in die freiberufliche Praxis geschwächt.*  
28  
29 *Die Hauptversammlung des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte betrachtet diese*  
30 *massive Schwächung der freiberuflichen Praxen durch die aktuellen Gesetzesvorha-*  
31 *ben als ordnungspolitischen Fehler. Vielmehr sind Initiativen zur Förderung der Frei-*  
32 *beruflichkeit erforderlich, um bei freier Arztwahl die flächendeckende qualitativ hoch-*  
33 *wertige ambulante Versorgung bei Diagnose- und Therapiefreiheit zu garantieren.*

**Abstimmung:** Mit großer Mehrheit bei 5 Enthaltungen angenommen